

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

20. März 2017

Kurzausgabe wegen Aufgabenpriorisierung

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Nangarhar (Osten), Paktika, Paktia, Ghazni (Südosten), Helmand, Kandahar, Zabul, Uruzgan (Süden), Kunduz, Baghlan (Nordosten), Farah (Westen), Faryab (Norden), Logar und Kabul (Zentrum).



Anschläge und Übergriffe

Am 13.03.17 fuhr im 10. Polizeibezirk der Hauptstadt Kabul ein Minibus auf einen Sprengsatz. Dabei starb eine Frau und mindestens 19 Personen wurden verletzt. Bei den Opfern handelte es sich um Mitarbeiter einer Telekommunikationsgesellschaft. In Nangarhar (Osten) kamen drei Kinder bei der Explosion eines Blindgängers ums Leben. Im 8. Polizeidistrikt von Kabul erschossen Unbekannte zwei Polizisten. Im Distrikt Obe der Provinz Herat (Westen) amputierten Taliban einem jungen Mann eine Hand und einen Fuß, weil er einen Raub begangen haben soll.

Am 16.03.17 enthaupteten IS-Kämpfer drei Stammesälteste im Distrikt Sayyad der Provinz Sar-i-Pul (Norden). In Samangan (Norden) konnten ein wichtiger Taliban-Kommandant und ein Sprengstoffexperte der Jundullah-Miliz verhaftet werden.

Am 17.03.17 starben in Khost (Südosten) zwei afghanische Soldaten bei einem Selbstmordanschlag, mindestens 29 Personen, darunter Zivilisten, wurden verletzt. In Nangarhar kam bei einem Selbstmordanschlag vor einer Moschee ein Mensch um. Ein weiterer Selbstmordanschlag ereignete sich im Distrikt Surkh Rod in der Provinz Nangarhar. Ziel war der für Hadsch und religiöse Angelegenheiten zuständige Provinzbeamte, dessen Bruder bei dem Anschlag getötet wurde.

Am 18.03.17 kam es in Faryab (Norden) zu Schießereien zwischen Anhängern der Jamiat-e Islami und der Junbesh-e Mellie.

Am 19.03.17 wurden bei einem Selbstmordanschlag im Distrikt Nesh (Provinz Kandahar, Süden) vier Polizisten verletzt. In der Provinz Helmand verletzte ein afghanischer Soldat drei US-Soldaten bei einer sog. Insiderattacke. In der Provinz Farah (Westen) wurden drei Reisende von Taliban entführt.

Irak

Zehntausende aus West-Mosul geflohen

Die Armee gab am 14.03.17 die Einnahme des Hauptbahnhofs bekannt, auch der nahe Busbahnhof sei wieder unter Kontrolle der Regierungstruppen. Der Bahnhof war früher ein wichtiger Verkehrs- und Handelsknotenpunkt. Seit der US-Invasion 2003 liegt er still.

Nach Schätzungen von IOM sind seit Beginn der Kämpfe um West-Mosul nahezu 100.000 Menschen aus diesem Teil der Stadt geflohen. Die Zahl der insgesamt aus ihren Häusern Vertriebenen steigt damit auf etwa 230.000. Die meisten sind in Lagern untergebracht.

Anschlag in Tikrit

Bei einem Autobombenattentat in Tikrit am 15.03.17 starben mindestens sieben Menschen, 40 wurden Behördenangaben zufolge verletzt. Vergangene Woche waren bei einem Anschlag auf eine Hochzeitsgesellschaft in dem Dorf Hadschadsch rund 20 Kilometer nördlich von Tikrit mindestens 30 Menschen getötet und mindestens 26 verletzt worden. Die irakische Armee hatte die Stadt 2015 aus der Gewalt des IS befreit.

Mazedonien

Präsident verweigert Opposition Mandat zur Regierungsbildung

Die bisherige Regierungspartei, die VMRO-DPMNE unter Nikola Gruevski, gewann bei den Parlamentswahlen im Dezember 2016 zwar die meisten Stimmen, scheiterte jedoch mit der Regierungsbildung. Anfang März 2017 gelang es der sozialdemokratischen Oppositionspartei SDSM, mit der stärksten Partei der albanischen Minderheit, DUI, eine mehrheitsfähige Koalition zu vereinbaren, verbunden mit der Zusage, Albanisch zu einer offiziellen Sprache im Land zu machen.

Nun weigert sich Präsident Ivanov, der der VMRO-DPMNE nahesteht, der SDSM das Mandat zur Regierungsbildung zu erteilen. In Großdemonstrationen wird, offensichtlich angefeuert von der ehemaligen Regierungspartei, die ihre Macht schwinden sieht, vor einer „Zwangsalbanisierung“ gewarnt und die Sorge vor einem „Großalbanien“ oder „binationalem Staat“ geschürt. Es besteht die Befürchtung, dass der Konflikt die gesamte Region destabilisiert. Die politische Krise in Mazedonien dauert seit 2015 an.

Syrien

Luftangriff auf Moschee

Bei einem Luftangriff auf eine Moschee im von Rebellen gehaltenen Dorf Al-Dschinnah westlich von Aleppo sollen am 16.03.17 nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mindestens 42 Menschen getötet und über hundert verletzt worden sein, die dort zum Abendgebet zusammengekommen waren.

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP habe das US-Militär die Verantwortung für den Angriff übernommen. Das zuständige US-Zentralkommando habe zugleich erklärt, das Gotteshaus nicht gezielt angegriffen zu haben. Vielmehr sei Ziel des Angriffs ein Treffen von Extremisten des Terrornetzwerks Al-Qaida in einem etwa 15 Meter von der Moschee entfernten Gebäude gewesen. Die Moschee stehe noch.

Anschläge in Damaskus

Bei zwei Selbstmordanschlägen am 15.03.17 in Damaskus kamen nach Medienberichten mindestens 39 Menschen ums Leben. Der erste Attentäter soll seinen Sprengsatz vor dem Justizpalast gezündet haben, als die Polizei ihn am Betreten des Gebäudes hindern wollte. Dabei habe es über 25 Tote gegeben. Der zweite Anschlag soll sich im Stadtteil Rabwa im Nordwesten ereignet haben, wo der Angreifer in einem Restaurant einen Sprengstoffgürtel zündete. Bereits am 11.03.17 waren bei Attentaten in Damaskus über 70 Menschen getötet worden.